

Gewinne und Verluste von Arbeitnehmern/-innen und Unternehmen durch konkrete Regierungsmaßnahmen (Stand: Dezember 2018)	für Arbeitnehmer/-innen	für Unternehmen & andere
---	-------------------------	--------------------------

Steuerpolitik - Verteilung von unten nach oben (Zahlen pro Jahr)		
Familienbonus	Entlastung bei der Lohnsteuer, aber nicht für alle Arbeitnehmer/-innen. Gleichzeitig werden Freibeträge für Kinder gestrichen	+ 1,2 Mrd.
Vergünstigung Versicherungssteuer	für Landwirte/-innen	+ 5 Mio.
Steuergeschenk Tourismus	Senkung des ermäßigten Steuersatzes für Beherbergungs- und Campingumsätze	+ 120 Mio.

Arbeitsmarkt: Weniger Geld für Arbeitsuchende (Zahlen pro Jahr)		
Kürzung AMS-Budget 2018	Kürzungen im Förderbudget des AMS für 2018. davon: Kürzung bei beruflicher Integration von Langzeitarbeitslosen und Asylberechtigten	- 540 Mio. - 100 Mio.
Kürzung Existenzsicherung Jugendliche	Jugendlichen über 18, die eine Lehre absolvieren, wird die Beihilfe zur Deckung des Lebensunterhalts gekürzt	keine Zahlen vorhanden
Betriebliche Lehrlingsförderung (geplant)	Statt bisher durch Beiträge der Unternehmen wird diese in Zukunft zur Gänze durch das AMS-Budget finanziert. Die Kosten werden direkt auf das gekürzte AMS-Budget überwält.	- 160 Mio. + 160 Mio.
Kürzung AMS-Budget 2019	Für 2019 wird das Förderbudget noch einmal um rund € 150 Mio. gekürzt.	- 150 Mio.
Arbeitslosenversicherungsbeiträge	Die Einkommensgrenzen für den reduzierten Arbeitslosenversicherungsbeitrag wurden angehoben, was für rund 700.000 Personen spürbar wird, den niedrigsten Einkommen aber nichts bringt, da sie ohnehin bereits befreit waren. Diese Mittel fehlen im Budget des AMS.	+ 200 Mio.

Kürzungen bei Familien & Mindestsicherung		
Kürzung Familienbeihilfe	Anpassung der Familienbeihilfe (sowie Kinderabsetzbetrag) an das jeweilige Preisniveau. Kinder, die z.B. in osteuropäischen Ländern leben, erhalten weniger.	jährlich - 100 Mio.
Kürzung Mindestsicherung	Insgesamt erreichen diese Kürzungen ab 2020 alleine bei den Kindern ein Ausmaß von 30 bis 40 Millionen Euro pro Jahr laut Kostenschätzung der Regierung, wodurch die Kinderarmut drastisch steigen wird.	?

Unfall- und Krankenversicherung: Ausbluten, mehr Kosten, weniger Leistungen

AUVA		
Senkung Beitragssatz Unfallversicherung (UV)	Die Unternehmen ersparen mehr als eine halbe Milliarde Euro (alleine bis 2023) an Unfallversicherungsbeiträgen durch die Senkung von 1,3 auf 1,2 Prozent. davon: Senkung des pauschalierten Kostenersatzes: Der pauschalierte Kostenersatz der AUVA an die ÖGK für Unfallheilbehandlungen wird bis 2022 gekürzt und ab 2023 gänzlich gestrichen.	- 630 Mio. + 630 Mio. + 294 Mio.
	Kürzungen im AUVA-Verwaltungsbereich: Kürzungen in den nächsten zehn Jahren werden zu schlechteren Leistungen für die Unfallversicherten führen (z.B. Privatisierung der Unfallkrankenhäuser, weniger Organisationseinheiten, 300 Stellen werden in den nächsten sechs Jahren nicht mehr nachbesetzt)	- 135 Mio.
	weitere Kürzungen: Aufgrund des angepeilten Kürzungsziels sind weitere Kürzungen in zusätzlichen Bereichen mit negativen Folgen für die Versicherten zu erwarten.	- 200 Mio.
Weitere Senkung UV-Beitrag	Die Unternehmen können sich laut Regierungsprogramm auf eine weitere Senkung des UV-Beitragssatzes freuen. Bei einer Senkung von 1,2 auf 1,0 % würden sich die Unternehmen jährlich weitere 270 Mio. jährlich ersparen.	jährlich - 270 Mio. jährlich + 270 Mio.

ÖGK		
Senkung pauschalierter Kostenersatz (siehe AUVA)	Die ÖGK der Arbeitnehmer/-innen soll weniger Kostenersatz von der AUVA bekommen und verliert damit Einnahmen, muss aber die Ausgaben weiterhin tätigen (Berechnungen bis 2023).	- 294 Mio.
Umverteilung Bundesmittel	Steuermittel werden der ÖGK zugunsten der neuen Sozialversicherung der Selbstständigen entzogen (Berechnungen bis 2023).	- 130 Mio. + 130 Mio
Privatkrankenanstalten-Finanzierungsfonds	Die ÖGK muss bis 2023 zusätzlich Gelder an den Privatkrankenanstalten-Finanzierungsfonds zahlen. (Berechnungen bis 2023).	- 80 Mio.
Fusionskosten	Kosten, die im Rahmen der Zusammenlegung der Krankenkassen entstehen werden (insgesamt) - ein Verlust für die Arbeitnehmer/-innen.	- 500 Mio.
Verluste durch Beitragprüfung neu	Weil die Beitragsprüfung von der ÖGK zum Finanzministerium wechseln soll, wo mit weit weniger Erfolg geprüft wird, drohen millionenschwere Mindereinnahmen	- 650 Mio.